

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 30 (1989)
Heft: 16

Artikel: Nazis und Kommunisten
Autor: Seidel, Jürgen
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093688>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Nazis und Kommunisten

Der Verfasser dieses Beitrags, Dr. Jürgen Seidel, stammt aus der DDR und lebt heute in der Schweiz.

Eine Berliner Ausstellung im Kreuzfeuer der Kritik

West-Berlin bietet wieder einmal Zündstoff für die politische Diskussion zur Hitler-Ära. In der «Gedenkstätte Deutscher Widerstand» im sogenannten Bendlerblock wurde eine Gedenkausstellung zum Thema «Widerstand gegen den Nationalsozialismus» eröffnet. Anlass dazu bot das 45jährige Gedenken an die Opfer des Attentats auf Hitler am 20. Juli 1944.

Das wissenschaftliche Konzept dieser Ausstellung entwarf der Passauer Politikwissenschaftler Peter Steinbach. Sein Ziel war es, die Breite des deutschen Widerstandes gegen Hitler darzustellen und die Auseinanderset-



Ribbentrop unterschreibt am 23. 8. 1939 den Pakt zwischen Hitlerdeutschland und der Sowjetunion. Im Hintergrund Molotow und Stalin. So teilten beide Mächte Osteuropa unter sich auf und begannen mit dem Angriff auf Polen.

zung damit zu fördern. Die Kritik entzündete sich an der Entscheidung Steinbachs, auch das von deutschen und sowjetischen Kommunisten gesteuerte «Nationalkomitee Freies Deutschland» (NKFD) einzubeziehen. Der aus einer Widerstandsfamilie stammende Peter Hermes kritisierte den «uferlosen Widerstandsbegriff» dieser Ausstellung. Denn das NKFD war ein Instrument sowjetischer und deutschkommunistischer Politik und verdient nicht die Einordnung in den demokratischen Widerstand während der NS-Zeit. Welche Tatsachen sich hinter dieser sogenannten antifaschistischen Bewegung verbergen, soll im folgenden dargestellt werden.

Mit dem Machtantritt Hitlers am 30. Januar 1933 begann die Fluchtwelle zahlreicher deutscher Kommunisten ins Ausland. Die meisten von ihnen emigrierten in die Sowjetunion. Hier wurden sie ideologisch geschult durch sowjetische und deutsche Parteikader. Der bald einsetzenden Stalinschen Säuberungswelle fielen viele von ihnen zum Opfer, wurden ungerechtfertigt hingerichtet oder wurden in den «Kühlschrank» im Fernen Osten verbannt.

Nationalkomitee Freies Deutschland

Als Folge des Freundschaftspaktes zwischen Hitler und Stalin im September 1939 wurden die deutschen Kommunisten in abgelegenen Lagern gesammelt, um den Pakt nicht zu belasten. Erst mit dem Überfall Hitlers auf die Sowjetunion verbesserte sich ihre Situation, weil sie nunmehr zum Kampf gegen Hitler-Deutschland eingesetzt wurden.

Mit der veränderten Kriegslage zuungunsten Deutschlands wurden erstmals klarere Vorstellungen über die Nachkriegszeit entwickelt. Dazu wurden die deutschen Kommunisten geschult. Stalin jedoch benötigte weitere Bündnispartner, um seinen Einfluss auf die zukünftige Deutschlandpolitik nach dem Krieg gegenüber den alliierten Kriegspartnern zu sichern. Als geeignet für eine solche Bündnispolitik erschienen den Parteikadern die deutschen Kriegsgefangenen der Roten Armee. Diese gegenüber dem Kommunismus skeptisch bzw. ablehnend eingestellten Offiziere und Soldaten der Deutschen Wehrmacht mussten jedoch zuerst von der Bündnisfähigkeit der Kommunisten beim Wiederaufbau eines neuen Deutschlands überzeugt werden. Eines der Mittel seitens der sowjeti-

schen Ideologen dazu war die Gründung des «Nationalkomitees Freies Deutschland» am 12./13. Juli 1943 in Krasnogorsk bei Moskau.

Das Präsidium dieser Versammlung und des Komitees wurde dem deutschen Kommunisten und Schriftsteller Erich Weinert übertragen. Federführend waren daneben noch die KPD-Funktionäre Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht. Unter den späteren Mitgliedern wurden besonders bekannt die Berufssoldaten Heinrich Homann und Heinrich Graf von Einsiedeln, der Verleger Bernt von Kügelgen, der Arzt Friedrich Wolf, die Arbeiter Fritz Kühn und Heinz Kessler, die Theologen Dr. Friedrich Wilhelm Krummacher, Johannes Schröder, Josef Kayser und Dr. Aloys Ludwig.

Mit solchen Vertretern war zugleich das unumgängliche deutschnationale Element im NKFD gewährleistet. Die Garantie aber dafür, dass die Kommunisten die Leitungsfunktionen behielten, leisteten die Sowjets als die «Gastgeber».

Aus eigenem Erleben hat Wolfgang Leonhardt über seine Mitarbeit im NKFD berichtet. Er weist besonders darauf hin, dass die Sowjets zwei Nationalkomitees eingerichtet hatten: ein offizielles, in dem demonstrativ auch Nichtkommunisten führende Funktionen innehatten, und ein inoffizielles. Letzteres bestand aus einigen deutschen Emigranten (Exilkommunisten) und aus Angehörigen des sowjetischen Geheimdienstes. Hier erfolgte die eigentliche politische Arbeit der Polit Schulung und der Ausarbeitung von Instruktionen für die Tätigkeit des offiziellen Komitees. Im Rahmen des (offiziellen) Nationalkomitees fanden die «antifaschistischen» Schulungskurse zur politischen und ideologischen Vorbereitung der Mitglieder auf die Nachkriegszeit und zur Heranbildung ihrer «Kader für den (ideologischen) Kampf» statt.

Tarnung

Um die bürgerlichen Mitglieder nicht zu verunsichern bzw. misstrauisch gegenüber den Kommunisten werden zu lassen, wurde anfänglich auf marxistische Agitation weitgehend verzichtet und als gemeinsames Ziel lediglich die bürgerlich-demokratische Umgestaltung Deutschlands nach dem

Kriege propagiert. Leonhardt gibt den Grundton der politischen Schulung im Nationalkomitee wieder: «Die politische Aufgabe bestehe nicht darin, in Deutschland den Sozialismus zu verwirklichen oder eine sozialistische Entwicklung herbeiführen zu wollen. Dies müsse im Gegenteil als schädliche Tendenz verurteilt und bekämpft werden . . . Es komme darauf an, . . . sich jeglichen sozialistischen Lösungen zu widersetzen, da diese unter den gegenwärtigen Bedingungen reinste Demagogie seien; unter solchen Umständen würde die Idee des Sozialismus nur diskreditiert.» Bei einer leicht durchschaubaren kommunistischen Agitation wären zahlreiche demokratisch gesinnte Angehörige der Wehrmacht zurückgestossen worden und hätten der kommunistisch gesteuerten Bündnispolitik von vornherein den Rücken zugekehrt.

Als es im September 1943 zu Waffenstillstandsverhandlungen zwischen Hitler- und Stalin-Abgesandten kam, nahm die Bedeutung des Nationalkomitees als «Kern einer zukünftigen neuen deutschen Regierung» ab. Nach der Teheraner Konferenz der drei Alliierten im November und im Dezember 1943 bediente sich die Rote Armee des Nationalkomitees wiederum propagandistische Zwecke. Durch einen eigenen Rundfunksender, den die sowjetischen Genossen dem Komitee zur Verfügung gestellt hatten, wurden die gegnerischen Soldaten und Offiziere der deutschen Wehrmacht an der Front mit teils wahren, teils gefälschten Berichten zur freiwilligen Gefangennahme aufgerufen.

Das Interesse der sowjetischen Stellen und ihrer deutschen Partner am Nationalkomitee liess merklich nach, sobald die sowjetischen Truppen das deutsche Reichsgebiet erreicht hatten. Am 21. November 1945 löste sich das Nationalkomitee auf. Die führenden deutschen Kommunisten unter Leitung von Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht haben in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands unter Rückendeckung der Sowjets ihr Konzept eines kommunistischen Staates schrittweise verwirklicht und einzelne bürgerliche «Bündnispartner» in den von ihnen geführten Machtapparat eingegliedert.

Akzeptiertes Andersdenken

Die Kritiker der Berliner Ausstellung können für sich verbuchen, dass das NKFD eher ein Propagandainstrument gegen Hitler war als ein Zeugnis des selbstlosen Widerstands. Steinbach hat dagegen an das Toleranzprinzip innerhalb einer freiheitlichen Gesellschaft appelliert, das gerade den Andersdenkenden einbezieht. Kritiker der DDR gehen jedoch bis heute davon aus, dass mit diesem Staat lediglich eine menschenverachtende, Recht, Gesetz und Freiheit hohnsprechende Diktatur durch eine andere ersetzt worden ist (Georg Meyer). Die Ausstellung gibt den Theoretikern im Osten beste Gelegenheit, der geschichtlichen Wahrheit voranzuhelfen und demokratische Zustände zu fördern. ■

Eine Entgegnung aus Bukarest

Unser Transsilvanien

Im «Zeitbild» Nr. 12/1989 hatten wir unter dem Titel «Unser Siebenbürgen» einen Gastbeitrag von Istvan Gedai aus Budapest veröffentlicht. Heute bringen wir die Entgegnung eines Historikers aus Bukarest. Sie ist uns durch amtliche Stellen zugeleitet worden und dürfte offiziellen Charakter haben.

Die jahrhundertealte Geschichte dieses Territoriums, eines unabtrennbaren Teils der rumänischen Heimateerde, beweist mit der unwiderlegbaren Kraft der Tatsachen, dass dieses Gebiet ununterbrochen von den Rumänen und von ihren getodaktischen Vorfahren bewohnt wurde und dass seine Entwicklung in enger Verflechtung mit der der anderen Gebiete des Urväterbodens verlaufen ist. Ein kurzer Rückblick auf die Geschichte Transsilvaniens bestätigt aufs überzeugendste diese Wahrheit.

Zur Zeit des Dakerstaates war Transsilvanien integrierender Bestandteil der gesamten historischen Evolution des Karpaten-Donau- und des pontischen Raums. Der erste zentralisierte und unabhängige Staat der Daker, der unter der Führung von König Burebista im 1. Jahrhundert v. Chr. in Erscheinung getreten ist, hatte übrigens sein politisches Machtzentrum im rumänischen transsilvanischen Raum, im Gebiet des Orästie-Gebirges. Hier befand sich auch das Zentrum der politischen Macht Dakiens zur Zeit des Königs Decebal (87 bis 106 n. Chr.). Die von Kaiser Trajan angeführten römischen Legionen mussten sich Schritt für Schritt die Gebiete erobern, um nach Sarmizegetusa, der Hauptstadt Dakiens im Herzen der Gebirge Transsilvaniens, zu gelangen.

Die römische Provinz Dakien, mit dem Zentrum in Transsilvanien, sowie die anderen Territorien des freien Dakien waren die Stätte der Verflechtung der dakischen und der römischen Zivilisation und der Übernahme der lateinischen Sprache durch das dakische Volk. Das Ergebnis dieses über Jahrhunderte (2. bis 3. Jahrhundert) dauernden komplexen Prozesses war die Entstehung eines neuen Volkes, des rumänischen Volkes.

Transsilvanien war desgleichen auch zur Zeit der Völkerwanderung unabtrennbarer Teil jenes umfassenden Raums der rumänischen politischen Organisation und des rumänischen Lebens. Aus Transsilvanien haben wir die ersten Schriften über die Exi-

stenz der rumänischen Woiwodate und Knesate, die im 7. bis 9. Jahrhundert entstanden sind. Als die ungarischen Eindringlinge im 10. Jahrhundert während des Prozesses ihrer Sesshaftwerdung in der Pannonischen Pussta ihre Aggression gegen das rumänische Territorium begannen, befanden sich hier bereits rumänische Staaten, deren Führer – Menumorut, Glad und Gelu – sich der jahrhundertealten historischen Traditionen und des unveräusserlichen Rechts des rumänischen Volkes auf das Territorium Transsilvaniens vollauf bewusst waren.

Alle vom Königreich Ungarn in den folgenden Jahrhunderten unternommenen Versuche, Transsilvanien zu annektieren, sind erfolglos geblieben. Transsilvanien hat seine distinkte politische Organisationsform eines von den Rumänen gegründeten Staates beibehalten, getrennt vom ungarischen Königreich. Es gab jedoch auch Zeitabschnitte, in denen das rumänische Woiwodat Transsilvaniens kraftvoll und durch Kampf seinen Status der Unabhängigkeit gegenüber Ungarn behauptet hat und sich in enger Verbindung mit den anderen, jenseits der Karpaten liegenden rumänischen Ländern, der Moldau und der Walachei, entwickelt hat.

Der ungarische Historiker A. Szilagy erklärte eindeutig: «Transsilvanien und Ungarn sind nicht ein und dasselbe. Sie waren immer zwei verschiedene Länder.» Übrigens wird der rumänische Charakter Transsilvaniens auch durch die demographischen Realitäten jener Zeit bestätigt. Mitte des 13. Jahrhunderts zählte Transsilvanien 550 000 Einwohner, davon 400 000 Rumänen. Ein Jahrhundert später waren von den 900 000 Einwohnern 65 % Rumänen, ein Verhältnis, das auch 1550 noch bestand, als die Einwohnerzahl 1,8 Mio Menschen erreicht hatte.

Nach der Schlacht von Mohacs (1526) ist Ungarn für eine geraume Zeit als Staat von der Karte Europas verschwunden. Transsilvanien, mit Landtag und eigenen Gesetzen, hat seine Selbständigkeit fortgesetzt, sein internationaler politischer Status blieb jenem der anderen rumänischen Länder, der Moldau und der Walachei, in ihrem Verhältnis zum ottomanischen Imperium.

Auch in den darauffolgenden Jahrhunderten hat sich Transsilvanien in derselben Richtung entwickelt wie die anderen rumäni-